

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

100 Jahre Internationaler Frauentag

Die einhundertjährige Tradition des Internationalen Frauentages wurde am 19. März 1911 in Deutschland, Dänemark, Österreich-Ungarn und in der Schweiz begründet. Auf der zweiten sozialistischen Frauenkonferenz schlug Clara Zetkin dem Beispiel amerikanischer Industriearbeiterinnen folgend die Einführung eines internationalen Frauentages vor. Schnell fand er seinen Platz in der sozialistischen Bewegung. Aus den ersten Zielen für ein wirkliches Wahlrecht der Frauen entstanden Aktionstage gegen den Krieg mit zentralen Forderungen gegen den imperialistischen Krieg, für das Wahl- und Stimmrecht der Frauen, den Achtstundentag, gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung sowie Festlegung von Mindestlöhnen. Seit dem 75. Jahrestag (1986) rückte das Motto „Wir wollen Brot und Rosen!“ mehr in den Mittelpunkt. Dabei stand Brot für das Recht auf Arbeit, für menschengerechte Arbeitsbedingungen und für die eigenständige soziale Sicherung der Frau.

Die Rosen symbolisieren die menschenwürdige Wohn- und Lebensumwelt, Toleranz und Frieden. Auch die Möglichkeit berufstätig zu sein und die gleichberechtigte Teilhabe von Männern an Hausarbeit und Kindererziehung hat Aktualität und verdient

Anerkennung. Deshalb ist es deutlich mehr als eine Tagesgeste, wenn in Ludwigsfelde, Sperenberg, Zossen oder in der Kreisstadt Luckenwalde am 8. März von den LINKEN Rosen und Nelken an Frauen in unterschiedlichen Berufsgruppen überreicht werden. Die Resonanz in Verkaufseinrichtungen, Arztpraxen oder Kitas war oft vom Überraschungseffekt geprägt. Oft hieß es: „Dass es so etwas noch gibt, bringt uns Freude ...“.

Leider ist festzustellen, dass in dieser Gesellschaft die Anerkennung von Leistungen und besonders die des weiblichen Geschlechts sehr zurückhaltend stattfindet. Unumstritten dürfte unter uns ja sein, dass Frauen und Mädchen zu den Leistungsträgern der Wirtschaft, Kultur und besonders im Sport zählen. Genau genommen wird aber bundespolitisch toleriert, dass die Hälfte des Potenzials brachliegt, nicht nutzungsfähig gestaltet wird. Die Beschäftigungsquote im Land Brandenburg ist mit 52,3 Prozent nicht angemessen. Man muss schon fragen dürfen, wie diejenigen die Situation beurteilen, die höhnend über eine verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR-Wirtschaft geschwafelt haben. Welches Bild der Frau hat Deutschland heute? Was soll der laute Ruf nach der Quotenfrau?

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 8

Zitiert ...

Die erste Diktatur des Proletariats ist wahre Bahnbrecherin für die volle soziale Gleichberechtigung der Frau.

Clara Zetkin (1857-1933)

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

Man kann zu behaupten wagen, dass die Bundesrepublik auf vielen Gebieten von Natur und Gesellschaft vorangekommen ist, teilweise Spitzenniveau darstellt, aber im Gegensatz dazu die Arbeits- und Lebensbedingungen der Frau kaum vorangebracht hat. Nicht wenige „Frauentags-Forderungen“ sind aktuell. Beispielhaft kennt jeder Leser, dass seit 62 Jahren das Grundgesetz mit Artikel 3 die Gleichberechtigung von Männern und Frauen theoretisch beschreibt, aber in der Praxis verkümmern lässt.

Nun hat Ursula von der Leyen (CDU) den verstaubten Vorschlag der Quotenfestlegung angekündigt. Zunächst freiwillig, dann per Gesetz für die Wirtschaft. Keiner scheint zu merken, dass gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf Dauer nicht mit Quotierungen aufzuweichen sind. Auch nicht deshalb, weil – wie sehr oft – die Leistungs- oder Verteilungspyramide nicht funktioniert bis ganz oben. Im Bildungs- und Ausbildungsbereich ist der Frauenanteil mit 56 % beim Abitur, mit 51 % bei Studien-Ende, mit 44 % bei Promotionen in Ordnung, doch bei Führungsfunktionen mit 21 % Frauenanteil und bei etwa 3 % in Aufsichtsräten hat die Gleichberechtigung ihr jähes Ende und das

Rollenspiel der Frau wird favorisiert. Die durchtrainierten Statistiker werden den Zeigefinger strecken und sagen: 73 % der Frauen wollen ja die Quote, also ist die Einführung mit dem Versprechen sie einzuhalten gut. Unbestritten: Sie ist vielleicht hilfreich, aber wir erinnern uns: Wie viele Ausbildungsplätze m/w wollte die Industrie schaffen? Hat das Kanzlerwort der Ausbildungssituation geholfen? Auch im Land Brandenburg gilt, dass Ausbildung und Beschäftigung die Schlüsselbereiche bleiben. Für die Fraktionen in den Vertretungen wird auch die aktuelle Haushaltsdiskussion genügend Beispiele liefern, welche Anstrengungen notwendig sind, um in Zeiten leergewirtschafteter Kassen die notwendigen Prioritäten setzen zu können. Die Finanzausstattung – auch zur Frauenförderung – ist tendenziell rückläufig, so dass völlig neue Wege zur Finanzierung erschlossen werden müssen. Auf Dauer oder schon jetzt sind Konzepte, die auf Konkurrenz der Kommunen aufgebaut sind, wenig erfolgreich. So wie man aktive fördernde Frauenpolitik will, müssen auch in der Mittelbereitstellung für gleichberechtigte Lebensbedingungen neue Wege gegangen werden.

Jürgen Akuloff, Luckenwalde

Dresden 2011

Am 13. Februar 2011 haben 17.000 Bürger eine Menschenkette zum stillen Gedenken an den Angriff auf die Dresdener Altstadt im Zeichen der weißen Rose gestaltet.

Die weiße Rose steht für Versöhnung über den Gräbern, für Überwindung von Krieg, Rassismus und Gewalt sowie gegen menschenverachtende Ideologien, Haltungen und Aktionen.



Damit haben 7.000 Bürger mehr als im Jahr zuvor deutlich gezeigt, dass dieser Tag nicht missbraucht werden darf. Der Marsch von einigen Ewiggestrigen durch leere Vorstadtstraßen wurde dadurch bedeutungslos. Doch am 19.02.2011 wollten Rechtsradikale in der Dresdener Altstadt marschieren. Dieser Marsch wurde durch die Dresdener und ihre Unterstützer aus ganz Deutschland verhindert. Aus unserer Region daran Beteiligte waren etwa 16 Stunden unterwegs. Teilweise durch öffentliche Institutionen mit Verpflegung unterstützt, war es doch ein beachtlicher Einsatz. Es wird von über 20.000 Nazi-Gegnern in Dresden berichtet. Auch hier eine wesentliche Steigerung gegenüber der beträchtlichen Zahl von 2010.

Diese Erfolge sind sehr hoch einzuschätzen. Doch die Konzepte von Stadtverwaltung und Polizei sowie im Vorfeld der sächsischen Gerichte haben die Bürger verärgert und provoziert. Ich empfand die genüsslich gezeigten Fernsehbilder von brennenden Müllbarrikaden als besonders schmerzlich, denn Dresden steht seit 1945 für Versöhnung und sollte nie wieder brennen.

Rainer Weigt, Klein Schülzendorf



**Allen Freundinnen, Kolleginnen, Genossinnen, Müttern, Töchtern, Schwestern, Großmüttern, Liebhaberinnen, Nachbarinnen, Gegnerinnen, Revolutionärinnen, Mädchen und Diven
unsere besten Wünsche zum
Internationalen Frauentag!**

Die Frauenrechtlerin und Sozialistin Clara Zetkin regte auf der „Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz“ im August 1910 in Kopenhagen einen Beschluss zur Einführung eines internationalen Frauentages an: „Im Einvernehmen mit den klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient.“ Der erste Frauentag wurde daraufhin im März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und in der Schweiz gefeiert. <

„Da sind wir aber immer noch“ ...

... heißt es in einem bekannten Lied. Auch unsere Fraktion ist noch zu vernehmen, leider viel zu wenig in den uns bekannten Medien wie z. B. der MAZ. Aber das liegt nicht an uns. Wenn man so will ist unser Wirken im Kreistag eigentlich erfolgreicher als in den Jahren zuvor. Denn nun endlich bringen wir als LINKE nicht immer nur Vorschläge ein, sondern wirken aktiv an deren Umsetzung mit. In der Kooperation sind wir die treibende Kraft, sorgen für Themen auf der politischen Agenda und in der inhaltlichen Arbeit, nicht zuletzt in konsequenter Umsetzung der Beschlüsse und Ziele unseres Wahlprogramms - denn dem und den Gewählten, die es jetzt vertreten, hat der Wähler seine Stimme gegeben.

Und da ist es dann eben unserer dank der geschlossenen Kooperation gewählten 1. Beigeordneten, Kirsten Gurske, zu verdanken, dass es beim Thema ARGE nun endlich innerhalb kürzester Zeit wieder vorwärtsgeht. Erst auf der jüngsten Kreistagssitzung im Februar wurden die Mitglie-

der der Trägerversammlung für die jetzt neu entstandene s.g. gemeinsame Einrichtung gewählt.

Beschlossene Anträge des Kreistages tragen zu einem Großteil die Handschrift der LINKEN, werden von uns mit eingebracht. Zu den Punkten Hartz IV und geschönte Arbeitslosenzahlen kann ich leider nur auf die Bundespolitik verweisen - was uns hier konkret vor Ort möglich ist, wird durch DIE LINKE im Kreistag auch eingebracht und versucht umzusetzen.

Zum neuen Auto des Landrates: Ich war und bin auch nicht davon begeistert, letztlich jedoch liegt es in seinem eigenen Ermessen und Handlungsspielraum, was er tut. Wir als Fraktion haben hier keinen Einfluss. Es bleibt also nur der Appell an den Wähler, das Handeln der Personen nicht zu vergessen, es zu bewerten und zu „honorieren“.

Unsere Fraktion ist nicht nur im „LinksBlick“ zu finden. Wir berichten sehr zeitnah auf der Internetseite des Kreisverbandes, sind mit Reden, An-

trägen und Anfragen zum Nachlesen präsent. Man findet die aktuellen Berichte über die vergangene Kreistagsitzung fast „live“ in unserem Fraktionsnewsletter „Einblick“, der per E-Mail versandt wird und ebenfalls auf der Internetseite zu finden ist. Alle daran Interessierten können sich gern an die Geschäftsstelle wenden und in die Verteilerliste aufnehmen lassen. Und als brandheiße Neuerung wird es nun sogar eine eigene Präsentation der LINKEN Teltow-Fläming auf der Internetplattform „Facebook“ geben. Ich kann verstehen, dass das alles vielleicht nicht Medien sind, die man zum Lesen „in Händen hält“. Aber es sind Beispiele, dass DIE LINKE in Zeiten der „großen Einigkeit“ im Kreistag doch noch wahrnehmbar ist. PS: Die Genossinnen und Genossen unserer Fraktion stehen natürlich den BO und allen anderen gern für Infos und Gespräche zur Verfügung und freuen sich über Nachfragen und Anregungen.

*Felix Thier, Mitglied des Kreistages
Fraktion DIE LINKE.*

Zehn Jahre Zossener Tafel

Der 31. Dezember 2010 war der letzte Arbeitstag für Karin Lüders, Leiterin der Zossener Tafel. Seit Dezember 2000 ist die Tafel Anlaufpunkt Hunderter Bedürftiger der Region. Carsten Preuß nutzte den letzten Arbeitstag vor der wohlverdienten Rente, um sich bei Frau Lüders im Namen der Fraktion SPD/LINKE/VUB für die geleistete Arbeit zu bedanken.

Nach wie vor sind Tafeln auch in einem so reichen Land wie Deutschland notwendig. 2001 wurden in Zossen ca. 800 Lebensmittelbeutel ausgegeben. Jetzt sind es pro Monat etwa 1.600. Die Kunden zahlen dafür pro Beutel 1,20 Euro.

Karin Lüders gab Carsten Preuß die angespannte Raumsituation in der ehemaligen KIKO in der Stubenrauch-

straße mit auf den Weg. Die derzeit genutzten Räume reichen nicht, um den gewachsenen Bedürfnissen ge-



recht zu werden. Der Arbeitslosenverband e.V. als Träger der Tafel hat bei der Stadt Zossen die Nutzung weiterer Räume beantragt.

Preuß würdigte das Engagement der Mitarbeiter der Tafel, die neben

ihrem Hauptanliegen, Lebensmittel zu organisieren, sich oftmals auch mit anderen Widrigkeiten auseinandersetzen müssen. Er erinnerte an die Umstände, die mit der Beschaffung des notwendigen Kühlautos verbunden waren. Ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahre 2007 zur finanziellen Unterstützung wurde durch die Verzögerungen der Stadtverwaltung erst Anfang 2010 umgesetzt.

Neuer Leiter der Tafel wird Ricardo Schewe, der bei der Tafel bereits als Ein-Euro-Jobber gearbeitet hat. Die Fraktion SPD/LINKE/VUB wünscht ihm und den Tafel-Mitarbeitern viel Kraft für ihre weitere Tätigkeit.

DIE LINKE. Zossen

Linke Politik im Landtag

Entwurf zur Entgeltordnung nicht bekannt

Im Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft spielte ein Entwurf zur Entgeltordnung für Starts und Landungen auf dem Flughafen BBI bisher keine Rolle. DIE LINKE wird die jetzige Diskussion zum Anlass nehmen, bereits in der Ausschusssitzung am 17.02.2011 zum Tagesordnungspunkt 2. „Zum aktuellen Stand der Planung der Flugrouten des BBI durch die DFS“ diese Frage aufzuwerfen.

Mit dem Beschluss des Landtages vom Dezember 2010, einer Initiative von SPD und DIE LINKE, ist ein von den Bürgerinitiativen befürchteter Eindruck, „mit Dumping-Preisen für lärmbezogene Gebühren gezielt laute Flugzeuge nach Berlin zu locken“, jedenfalls nicht vereinbar.

Flugsicherheit und Lärmschutz haben für DIE LINKE höchste Priorität.

Aufregung um GEMA-Gebühr

Die Landesregierung wird prüfen, ob die GEMA von Kindertagesstätten eine Gebühr für Kopien aus Liederbüchern und öffentlichen Auftritten erheben darf. Ein gemeinsamer Antrag von SPD, DIE LINKE und CDU mit einem entsprechenden Auftrag an das Kabinett wurde einstimmig beschlossen. Der Hintergrund dafür ist ein Schreiben der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) an 36.000 Kinderbetreuungseinrichtungen in der gesamten Bundesrepublik, darunter auch in Brandenburg. Notenkopien sollen bezahlt werden. Damit soll die Zahlung von Lizenzgebühren für das Kopieren von Noten im Rahmen der musikalischen Erziehung bei den Kitas durchgesetzt werden.

Daher soll die Landesregierung gegebenenfalls darauf hinwirken, dass ein bundeseinheitlicher Rahmenvertrag mit der GEMA – analog dem Pauschalvertrag zwischen der GEMA

und der Kultusministerkonferenz für die Schulen – zustande kommt. Gleichzeitig soll den Trägern von Kitas und Tagespflegepersonen eine Liste mit so genannten gemeinfreien und damit kostenlosen Werken und Kinderliedern sowie Hinweise zu Regelungen im Umgang mit Musikrechten zur Verfügung gestellt werden.

Der durch die GEMA mitgeteilte Vergütungssatz soll einmalig 56 Euro im Jahr für max. 500 Kopien, für kirchliche oder kommunale Kindergärten 44,80 Euro betragen. Das konterkariert die zu Recht wiederholt proklamierte Forderung der Bildung, gerade im frühkindlichen Bereich den Weg so gut wie möglich zu ebnet.

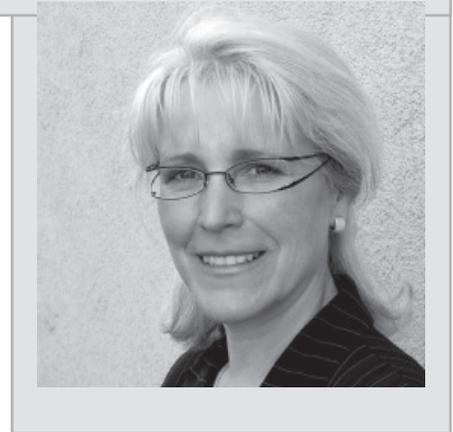
Ein Rahmenvertrag könnte helfen. Im schulischen Bereich besteht ein Rahmenvertrag zwischen den Verwertungsgesellschaften und der Kultusministerkonferenz. Was für Schulkinder gängige Praxis ist, muss für die Kita-Kinder erst recht möglich sein. Das gebietet schon allein der Gleichbehandlungsgrundsatz.

Weiterentwicklung der Lehrerbildung dringend nötig!

Das geforderte Konzept muss darstellen, wie dem zu erwartenden Lehrkräftebedarf durch eine quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Lehrerausbildung entsprochen werden kann.

Dazu sind die entsprechenden lehramts- und fachbezogenen Ausbildungskapazitäten im Studium und im Vorbereitungsdienst abzusichern. Das Lehramtsstudium ist 2004 auf der Grundlage einer sog. Erprobungsklausel in Bachelor und Master umgewandelt worden. Diese Erprobungsklausel gilt es – nach erfolgter Evaluation – in die Regel zu überführen.

Dabei gibt es aber noch Regelungsbedarf. Entsprechend den Quedlinburger Beschlüssen der KMK sind die Anforderungen an die einzelnen



Lehrämter zu vereinheitlichen. Ebenso müssen die Neustrukturierung der Lehrämter und eine bedarfsorientierte Steuerung von Ausbildungskapazitäten geprüft werden. So schnell wie möglich soll ein Studiengang Sonder- bzw. Inklusionspädagogik an der Universität Potsdam eingerichtet werden, um dem akuten Mangel an Sonderpädagogen zu begegnen.

Das Konzept soll Grundlage für eine Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes sein.

Mindeststandards setzen

DIE LINKE will Leiharbeit auf ihren ursprünglichen Zweck begrenzen. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss uneingeschränkt gelten, d.h. auch ab dem ersten Einsatztag.

Nur so lässt sich Lohndumping und eine Degradierung von Leiharbeitsbeschäftigten zu Arbeitnehmern zweiter Klasse und damit prekäre Beschäftigung verhindern.

Gerade mit Blick auf den 1. Mai 2011, ab dem die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt, ist es längst an der Zeit, flächendeckend den gesetzlichen Mindestlohn in der Bundesrepublik einzuführen und damit eine Lohnuntergrenze als sozialen Mindeststandard festzusetzen. <

Kornelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro
Zinner Straße 36, Luckenwalde
Tel/Fax: 03371-406544
buerolukwehlan@aol.com
www.konni-wehlan.de

Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

Nachdem der erste Vorhabensträger Planungsunterlagen für einen „Windpark Merzdorf“ mit 14 Windkraftanlagen beim Landesumweltamt eingereicht hat, möchte sich die Fraktion DIE LINKE. der Stadtverordnetenversammlung Baruth/Mark dazu positionieren.

Wir als Fraktion lehnen grundsätzlich Windkraftanlagen im Wald ab. Wir fordern einen umwelt- und sozialverträglichen Ausbau von Windparks im Lande außerhalb des Waldes in entsprechender Konzentrationsform auf geprüften und nachgewiesenen Windeignungsgebieten. Gleichzeitig sprechen wir uns entschieden gegen Versuche zur Aushebelung des rechtskräftigen Flächennutzungsplans der Stadt Baruth/Mark aus. Dort wurde bereits 2002 eine Windkraftanlageneignungsfläche in der Gemarkung Charlottenfelde ausgewiesen. Damit herrscht derzeit kein Baurecht auf angedachten und geplanten Flächen in den Wäldern im Stadtgebiet Baruths.

Wir wenden uns auch strikt gegen das Vorgehen der regionalen Planungsgemeinschaft, welche ohne Abstimmung mit den Kommunen Suchräume für Windparks ausweist und diese Suchräume ohne jegliche rechtliche Prüfung an potenzielle Vorhabensträger weiterreicht.

Die von der Landesregierung beschlossene Steigerung der alternativen Energieerzeugung um 20 Prozent bis zum Jahre 2020 umfasst nicht nur die Windenergieerzeugung, sondern z. B. auch Solar- und Biogasanlagen sowie Biomassekraftwerke. Aus unserer Sicht ist hier auch im Stadtgebiet von Baruth/Mark in den letzten Jahren viel passiert. So befinden sich allein im Industriegebiet Bernhardsmüh drei Biomassekraftwerke und ein Solarpark. Weiterhin haben unse-

re Agrarbetriebe begonnen, Biogasanlagen zu errichten, oder haben solche in Planung. Einige Bürgerinnen und Bürger haben Fotovoltaikanlagen auf ihren Hausdächern installiert. Die Stadtverordnetenversammlung hat 2010 einen Antrag auf Errichtung eines Solarparks in der Gemarkung Kemnitz genehmigt. Man kann also nicht behaupten, die Stadt würde eine Verweigerungstaktik gegenüber alternativen Energien einnehmen.

Wir haben aber etwas dagegen, dass das Baruther Urstromtal und der Niedere Fläming mit Windkraftanlagen mit Nabenhöhen von 135 m und Gesamthöhen von 185 m „zugepflastert“ und verschandelt werden. Wir haben erst recht etwas dagegen, dass der größte und natürlichste alternative Energie- und Rohstoffzeuger, unser Wald, für reine privatwirtschaftliche Interessen geopfert wird. Es kann nicht in unserem Interesse sein, nachhaltige Waldwirtschaft sowie die Schutz- und Erholungsfunktionen unserer Wälder durch Windkraftanlagen beeinträchtigen und gefährden zu lassen.

Wir sprechen uns eindeutig gegen Versuche aus, Windparks ohne nachvollziehbare Windhäufigkeitsstudien und genaue Kenntnisse von deren Auswirkungen auf das Ökosystem auszuweisen bzw. zu genehmigen, frei nach dem Prinzip: Wir bauen die Anlagen erst einmal auf und sehen dann, was passiert.

Was bei den Planungen von Windparks derzeit überhaupt nicht oder nur untergeordnet betrachtet wird ist, dass der erzeugte Strom ja auch irgendwie zum Abnehmer transportiert werden muss und die vorhandenen Leitungssysteme bereits ausgelastet sind. Damit werden neue Freileitungstrassen durch unsere Landschaft notwendig. Dass Ener-



giekonzerne kein Interesse an unterirdischen oder wenigstens waldüberspannenden Leitungstrassen haben, beweist das aktuelle Planungsvorhaben zur Errichtung einer 110 kV-Leitung quer durch unser Stadtgebiet.

Wir setzen uns für das Vorhaben der Stadt Baruth/Mark ein, ein regionales Energiekonzept erarbeiten zu lassen, und fordern unsere Landtagsabgeordneten und Minister/-in der LINKEN auf, sich für regionale Energiekonzepte von unten nach oben einzusetzen und nicht wie bisher geschehen von oben nach unten aufgezwungen und ohne rechtzeitige Beteiligung der Kommunen.

*Michael Ebell,
Fraktionsvorsitzender*

**Mitglieder der Fraktion
DIE LINKE. in der
SVV Baruth/Mark:**

**Michael Ebell,
Vorsitzender
Jörg Stubbe
Horst Wende
Helmut Werner**

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Kinder, Eltern, Ehrenamt: Hartz IV zerstört die Gesellschaft

Es ist leider weder neu noch überraschend, dass den Armen in diesem Land über das nackte Überleben hinaus nichts bleiben soll. Erst kam die Anrechnung des Kindergelds, im Herbst war der Wegfall des Elterngelds Thema und nun schreit ein breites Spektrum bis in die Kirchen und Sportvereine auf, weil auch die Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche auf die Leistungen aus ALG II angerechnet werden soll.

Die Anrechnung sämtlicher Einnahmen auf die mageren Zuwendungen ist in jedem der genannten Fälle ebenso konsequent wie skandalös. SPD und Grüne haben die Hartz-Gesetze unter Beifall von CDU und FDP eingeführt, um in Deutschland einen Niedriglohnsektor zu schaffen. Mit schlecht bezahlter Arbeit sollten zugleich der sogenannte Wirtschaftsstandort gestärkt und die Sozialkassen entlastet werden. Damit das funktioniert, so die offene Argumentation der Gesetzeseltern, müssen die Erwerbslosen noch weniger in der Tasche haben als die Menschen mit Niedriglöhnen.

Die Verbände üben deutliche Kritik: „Endlich sehen nicht nur die betroffenen Menschen, sondern auch große Verbände, welche Folgen das Armutsgesetz Hartz IV hat. Jeder, der sich dagegen wehrt, hat unsere Unterstützung.“ Ich sage aber genauso deutlich, dass es um ALLE Betroffenen gehen muss. Hartz IV muss weg, es bedeutet Zwang zur schlechten Billigarbeit und ein Leben in Armut.

Vor allem darf echtes ehrenamtliches Engagement nicht mit einem Minijob verwechselt werden. Ob bei der Betreuung von Kindern oder Kranken - wir brauchen im sozialen Bereich qualifiziertes Personal und tarifliche Arbeitsplätze. Nur mit ei-

nem gesetzlichen Mindestlohn und einer repressionsfreien Grundsicherung ohne Arbeitszwang, mit kürzeren Regelarbeitszeiten und sicheren Renten kann aus dem Ehrenamt überhaupt werden, was es nur sein kann: Freiwilliges Engagement jenseits der Erwerbsarbeit.

„Putsch gegen die Verfassung“

Katja Kipping äußert die Hoffnung auf ein baldiges Eingreifen des Bundesverfassungsgerichts, um eine deutliche Regelsatzanhebung zu erreichen.

Union und FDP haben jede Bewegung beim Regelsatz blockiert. Das war ein Putsch gegen die Verfassung. SPD und Grüne waren nicht in der Lage, echten Druck aufzubauen. Herausgekommen ist eine Nullnummer.

Bei Hartz IV werden praktisch längst durch die Hintertür die Leistungen gekürzt, obwohl die Schmerzgrenze längst überschritten ist. Das provoziert Unmut und auf Dauer soziale Unruhen. So kann man weder mit den Millionen Betroffenen noch mit dem höchsten deutschen Gericht umgehen. Spätestens dann, wenn das Verfassungsgericht angerufen wird, wird es per Anordnung nachholen müssen, was die Politik verweigert hat. Das Gericht urteilt nicht nach Kassenlage, sondern nach Rechtslage. Maßgeblich ist die Verfassung und die sagt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist.

Mindestlohn ist überfällig

Wenn zum 1. Mai 2011 die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft tritt, droht allen eine neue Lohndumping-Runde. Nur ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn kann verhindern, dass Arbeitnehmer untereinander um den niedrigsten Lohn konkurrieren. Gleichzeitig garantiert nur der Mindestlohn - wie in fast allen anderen europäischen Staaten - ein Einkommen, von dem man vernünftig leben



kann. DIE LINKE wird deshalb in den nächsten Wochen mit Aktionen, Veranstaltungen und Gesprächen den Druck für einen gesetzlichen Mindestlohn erhöhen.

Clara-Zetkin-Frauenpreis 2011

DIE LINKE vergibt erstmals eine Auszeichnung, um herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik zu würdigen. Mit dem nach der Frauenrechtlerin Clara Zetkin benannten Preis wird eine Einzelperson oder Vertreterin einer Frauenorganisation geehrt, die durch ihren persönlichen Einsatz die Lebensbedingungen von Frauen verbessert oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft gefördert hat. <



DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming



Programmdiskussion in der BO 11/12 Luckenwalde von Marianne Richter

Die „Gretchenfrage“ und die LINKEN

Die Basisgruppe 11/12 hat am 21.02.2011 einen weiteren Schwerpunkt des Programmentwurfs diskutiert.

„Kirchen und Religionsgemeinschaften“ waren das Thema. Wir waren eine diskussionsfreudige Runde, aber in einzelnen Punkten unterschiedlicher Meinung. Die Ausführungen im Programmentwurf zu diesem Thema bieten reichlich Diskussionsstoff.

Karl Marx und Johann Wolfgang von Goethe wurden zitiert, die Rolle der SED beim Umgang mit der Kirche kritisch hinterfragt. Es zeigte, wie individuell, kompliziert und komplex dieses Thema ist. Einig waren wir uns darin, dass Glauben

ein sehr individuelles Gut ist und an keine bestimmte Religion und Staatsform gebunden sein darf. Daraus haben wir geschlussfolgert, dass Religions- und Glaubensfreiheit nur bei einer strikten Trennung von Staat und Kirche möglich sind. Das wird auch im Programmentwurf gefordert.

Diese Formulierung erschien einigen zu allgemein, andere hielten sie für ausreichend.

Ein weiterer Diskussionspunkt ergab sich bei der Frage Werte und Wertvorstellungen. Sehen wir als LINKE als Fundament aller gültigen Werte den Humanismus oder beziehen wir uns auf das Christentum? Diese Antwort bleibt uns der Programmentwurf schuldig.

Auch die Frage der Toleranz spielte in unserer Diskussion eine große Rolle. Dass bei Einhaltung des Grundgesetzes wir als LINKE Kirchen und Religionsgemeinschaften achten, auch voneinander lernen können, darüber bestand Einigkeit. Voraussetzung dafür ist aber, dass wir einander akzeptieren. Auf beiden Seiten sehen wir bei diesem Punkt noch Nachholbedarf. Wir haben zu diesem Thema noch sehr viele Detailfragen diskutiert, u.a. auch die Rolle der LINKEN in unserer Stadt. Als positives Beispiel gilt die Zusammenarbeit von LINKEN und Christen bei der Erhaltung der Jacobikirche in Luckenwalde. Es war eine spannende Diskussion, mit vielen offenen Fragen. <

Wir haben es satt

Unter diesem Motto fand am 22.01.2011 eine Großdemo in Berlin statt. Vorrangig richtete sich diese gegen Gen-Technik, Massentierhaltung und Dumping-Agrar-Exporte. In den verschiedenen bunten Tierkostümen kam es deutlich zum Ausdruck.

Doch das war nur das Hauptmotto. Zu dieser Demo hatten etwa 120 verschiedene Vereinigungen aufgerufen, unter anderen auch Gewerkschafter, Atomgegner und Erwerbslosennetzwerke. Die Veranstalter hatten mit 5.000 Teilnehmern gerechnet, 22.000 aktive Demonstranten sind gekommen.

So haben sich viele mit eigenen

Sorgen unter dem gemeinsamen Hauptmotto in Berlin eingefunden.

Ich hatte ein kleines Plakat mit den Worten „Wir haben es satt! Macht Politik für Menschen statt für Maximalprofit“ dabei. Damit wollte ich unser gemeinsames Anliegen zum Ausdruck bringen. Mit freundlichem Nicken und in Gesprächen wurde ich darin bestätigt.

Auf der Demo vom Hauptbahnhof zum Brandenburger Tor gab es diesmal sogar einen sicht- und hörbaren Erwerbslosen-Block. Das Bündnis „Krach schlagen“ aus Hannover hat sich mit einer schlagkräftigen Trommlergruppe, einem lautstarken

Moderator am Megafon und einer kräftigen Truppe MitstreiterInnen eingebracht. So brauchten wir uns nur anzuschließen.

Es war eine freudige, bunte, aber ernstzunehmende Gemeinsamkeiten betonende Demo gegen auf Maximalprofit orientierte Machtpolitik.

Die Redner der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor riefen zum entschlossenen „Weiter so!“ auf. Die Abfahrt der etwa 50 Traktoren und entsprechende Musik beendeten diesen kalten, aber erfreulichen Tag.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

CCS-Technologie sichern?

Nicht nur bei den LINKEN kommt es zu kontroversen Diskussionen über die CCS-Technologie, das Verpressen von Kohlendioxid (CO²) in natürlichen Untergrundspeichern. Untergrundspeicher sind poröse Gesteinsschichten, in deren Zwischenräumen in der Regel Wasser gespeichert ist. Das eingeleitete Kohlendioxid verdrängt dabei das Wasser. CO² wird bei der Verstromung der Braunkohle verflüssigt und soll dann in den Untergrund verpresst werden. Damit soll der klimakiller Kohlendioxid auf ewig versteckt werden.

Das Funktionieren dieser Technologie ist Voraussetzung für die weitere Nutzung der heimischen Braunkohle. Dabei will man die Voraussetzung schaffen, sauberen Strom aus Braunkohle zu gewinnen. Es würde dann gestatten, dass dem Aufschluss neuer Braunkohlentagebaue in der Lausitz auch Dörfer zum Opfer fallen. Das ist auch Bestandteil des Koalitionsvertrages der Rot-Roten Landesregierung. Nur wenn die CCS-Technologie funktioniert, stimmt DIE LINKE der weiteren Nutzung der Braunkohle in der Lausitz zu. Damit ist unsere Parteiführung von der ursprünglichen programmatischen Zielsetzung „Keine neuen Tagebaue in der Lausitz!“ abgewichen.

Dieser Kompromiss spaltet die Genossen an der Basis. Hierbei spielen nicht allein unsere programmatischen Grundsätze über den Umweltschutz, die Daseinsfürsorge und den Umbau

zu alternativer Energie, den Erhalt von Dörfern eine Rolle, sondern auch lokale Befindlichkeiten in den betroffenen Regionen. Die Argumentation über den Erhalt von Arbeitskräften in der Braunkohlenindustrie stößt dabei ins Leere, denn ein sofortiger Ausstieg aus der Braunkohlenindustrie steht nicht zur Debatte, da die sich in Betrieb befindenden Tagebaue erst nach 2030 ausgekohlt sind.

Ich weiß nicht, welche Beweggründe unser Landesvorstand der LINKEN bei dem CCS-Kompromiss zugrunde lagen. Die SPD bestand darauf und offensichtlich war gegen die Braunkohlen-Lobby nicht anzukommen.

Obwohl viele Menschen der Region gegen eine weitere Braunkohlenverstromung sind, könnten sie relativ gelassen die Versuche über die Machbarkeit der CCS-Technologien verfolgen. Es ist wahrscheinlich, dass zwar die CCS-Methode technisch funktionieren kann, aber halbwegs geowissenschaftlich gebildete Menschen (wozu ich mich zähle) wissen, dass das im Untergrund gespeicherte Kohlendioxid stabil und dauerhaft nicht möglich ist. Über kurz oder lang werden sich die gespeicherten Gase verflüchtigen. Das Treibhausgas kann also nicht auf immer und ewig „versteckt“ werden. Es ist bedauerlich, dass die wissenschaftlichen Berater den Politikern kein Paroli bieten. Aber das Honorar stinkt wohl nicht.

Untergrundspeicher z.B. für Gas

und Öl sind üblich und eine bewährte Technik. Sind Öl und Gas sowie ähnliche Wertstoffe über den Bedarf genügend vorhanden, werden die Untergrundspeicher gefüllt und bei Spitzenbedarf wieder entnommen. Im Gegensatz dazu soll das CO² dauerhaft im Untergrund eingeschlossen bleiben. Das funktioniert nicht, denn allein aus physikalischen Diffusionsprozessen erfolgt eine kontinuierliche Entgasung. Darüber hinaus ist die Gefahr einer spontanen Gas-Havarie permanent. Die jüngste Katastrophe eines CO²-Speichers in Kanada ist Warnung genug. Das schwere geruchlose CO² sammelte sich in oberflächlichen Senken und die sich dort befindenden Tiere sind in der CO²-Wolke erstickt. Was würde eine solche Entgasung für Menschen in unserem dicht besiedelten Brandenburg bedeuten? Kurz- oder mittelfristig könnte man Kohlendioxid verstecken, aber nicht ewig, wenn es nicht chemisch gebunden wird. Eine chemische Bindung von CO² ist sehr energieintensiv und ist großtechnologisch in absehbarer Zeit nicht möglich. Wir könnten also ganz gelassen sein, wenn man den Politikern und den Energiekonzernen auch trauen könnte. Daran habe ich meine Zweifel. Also ist der Widerstand gegen die CCS-Technologie einschließlich der kostenaufwendigen Voruntersuchungen von Anfang an zwingend geboten.

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde

Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen ist die Kultruscheune in Seehausen. Der Ort wurde 1385 erstmals urkundlich erwähnt. Die Gründung erfolgte jedoch bereits 1157 mit Beginn der Besiedlung durch die Flamen.

Seehausen ist ein bäuerlich geprägtes Angerdorf mit vielen bis zu 200 Jahre alten Vierseithöfen, zum Teil mit gemauerten Taubenhäusern in der Hofmitte. Das Dorf steht für

ein reges kulturelles und sportliches Vereinsleben - ein Kegelverein, die Freiwillige Feuerwehr, eine jährliche Leistungsschau im Dressur- und Springreiten, das Backofenfest am 1. Mai und das große Erntefest im September.

Der Trachtenverein Fläming Seehausen e.V. unterhält mit historischen Tänzen. Auch einen kleinen Reiterhof gibt es in Seehausen. <

Gedenken an die Opfer des Holocaust

Wie seit einigen Jahren fand auch 2011 eine abendliche Veranstaltung auf dem Zossener Marktplatz statt – dieses Mal ohne Störungen rechter Jugendlicher.

Wir standen, Kerzen in den Händen, und hörten Berichte über ehemalige Zossener Einwohner, die aus politischen, religiösen und „rassischen“ Gründen verfolgt, verhaftet, verschleppt und ermordet worden waren. Durch uns bekamen sie Gesicht und Namen; für einige von ihnen gibt es in Zossen inzwischen Stolpersteine.

Kurt Liebau, promovierter Indiewissenschaftler und Mitglied der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“, erinnerte an die Ursachen, die in Deutschland zum Faschismus geführt und diese und andere Verbrechen erst möglich gemacht hatten.

Im Anschluss fand im Rathaus eine Podiumsdiskussion statt zum Thema „Jüdisch aufwachsen in Deutschland“. Levi Salomon, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus, zeigte seinen Dokumentarfilm „Dowodanija – Shalom – Guten Tag“. Im Mittelpunkt standen zwei Schüler des Jüdischen Gymnasiums in der Hamburger Straße in Berlin Mitte und ihr Alltag im heutigen Berlin.

Sie trafen sich an diesem Abend mit zwei Schülern der Dabendorfer Gesamtschule zu einem Gespräch, das von Herrn Axel Jürs, dem Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit im Zossener Rathaus, geleitet wurde. Frisch, aufgeschlossen, jugendlich natürlich und ungezwungen sprachen sie über ihr Leben in Schule und Gesellschaft, über Freizeitgestaltung, Freunde und vieles mehr; Unterschiede sind kaum zu finden.

Sie sind sich darin einig, dass der Charakter des Menschen, nicht seine Religion das Wichtigste ist, dass sie ihre Freunde nach persönlicher

Sympathie, nach gleichen Interessen finden, dabei spielt der Glaube eine sehr untergeordnete Rolle. Den Sicherheitszaun und die Security an ihrer Schule in Berlin nehmen die beiden Jugendlichen zwar wahr, empfinden sie aber nicht als Bedrohung, da jüdisches Leben in Berlin gefördert wird.

Auch nichtjüdische Schüler besuchen ihr Gymnasium und fühlen sich wohl, werden nicht ausgegrenzt.

In der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, dass in der DDR diese Frage keine Rolle spielte, vereinzelt auftretender Antisemitismus aber hart geahndet wurde. Wir müs-

sen uns heute dafür schämen, dass wir im vereinten Deutschland wieder stärker damit konfrontiert werden.

Während unseres Gesprächs hörten wir Sprechchöre von draußen. Wie ich später erfuhr, war es eine Gruppe Linksautonomer. Ich bin traurig darüber, dass es kein gemeinsames Gedenken an diesem Tag gab.

Fazit dieser beiden Veranstaltungen war: Es geht heute nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Schlussfolgerungen, dass so etwas nie wieder passieren darf. Dafür müssen wir alles tun.

Christa Zernick,
Am Mellensee

Zähe Hartz-IV-Verhandlungen

Monatelang haben sich Vertreter von CDU, CSU, FDP und Grünen im Vermittlungsausschuss des Bundestages um die Lösung des Problems bemüht, den Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger verfassungsgerecht aufzustocken sowie die kindgerechten Bedürfnisse der Drei- bis 14-Jährigen zu berücksichtigen. Das Ergebnis ist bekannt. Fraglich, ob das verfassungsgerecht ist.

Bei der Aufzählung der teilnehmenden Parteien fehlt eine ganze Bundestagsfraktion – DIE LINKE. Wollte sie etwa nicht dabei sein oder durfte sie nicht?

Ein Brief des Fraktionsvorsitzenden, Dr. Gregor Gysi, an den Bundestagspräsidenten, Prof. Dr. Norbert Lammert, klärt darüber auf.

Der Vermittlungsausschuss bildete eine Arbeitsgruppe zur Lösung des Problems und grenzte DIE LINKE aus. Daraufhin beantragte die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht. Der Fakt hatte die parlamentarischen Rechte unserer Fraktion verletzt. Im Ergebnis dessen durfte DIE LINKE einen Vertreter in die Arbeitsgruppe entsenden. So sahen wir bei Fernsehberichten manchmal – nur ganz kurz – Dr. Dagmar Enkelmann.

Wer glaubt, die Angelegenheit sei erledigt, der irrt gewaltig. Um zu verhindern, dass eine prinzipielle Kritikerin an Hartz IV in der Runde saß und die „Argumente“ der anderen mit anhören konnte (Dr. Gysi

spricht im Brief von „Nebendeals“.), wurde am 19. Januar „illegal“ „eine Gruppe außerhalb der Arbeitsgruppe gebildet, die sämtliche diesbezüglichen Entscheidungen des Vermittlungsausschusses, des Bundesrates und des Bundestages vorbereiten sollte“. DIE LINKE fehlte natürlich in dieser Gruppe. Die Ergebnisse von deren Tagungen wurden unserer Fraktion vorenthalten, sie wurde erneut ausgegrenzt. Damit wurde das Grundgesetz verletzt.

Für den 10. Februar war Dr. Dagmar Enkelmann um 11.30 Uhr zur Sitzung dieser illegalen Gruppe eingeladen worden (Die Ladungsfrist beträgt fünf Tage.). Ihr standen bis dahin keine Unterlagen zur Verfügung. Mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppe wurde Genossin Enkelmann erst in der Sitzung konfrontiert. Um die nicht eingehaltene Ladungsfrist von fünf Tagen zu rechtfertigen, erklärten die Vertreter der anderen Parteien, es sei keine neue Sitzung, sondern die Fortsetzung der vorangegangenen, die nur unterbrochen worden sei. Das stimmt nicht, da die Einladung zu einer neuen Sitzung erfolgt war.

Für den Entwicklungsstand der bundesdeutschen Demokratie bedenklich finde ich die Aussage im Schlusssatz von Dr. Gysis Brief, „... dass unsere Fraktion ihre Rechte regelmäßig nur über das Bundesverfassungsgericht durchgesetzt bekommt“.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

Bürgerhaushalt für Luckenwalde

Zu viele Köche verderben den Brei? Nicht beim Bürgerhaushalt. Je mehr Menschen mitmachen, desto besser. Denn der Bürgerhaushalt stellt eine Form der Bürgerbeteiligung dar. Welches Geld die Verwaltung der Stadt für welchen Zweck ausgibt, entscheidet die Stadtverordnetenversammlung. Vor der Entscheidung sollen die Bürger beteiligt werden.

In der Auftaktveranstaltung zum Bürgerhaushalt werden die wichtigsten für die Aufstellung eines Haushaltes notwendigen Zahlen und Fakten vorgestellt. Somit werden die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen zur Mitbestimmung jedes Bürgers dargestellt.

In Zeiten knapper Kassen geht es nicht darum, große Investitionen zu tätigen, sondern vielmehr um kleine, vielleicht auch kostenfreie Maßnahmen. Es soll nicht nur vorhandenes Geld verteilt werden, sondern Sie als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt können den Vorschlägen auch eine Priorität zuweisen.

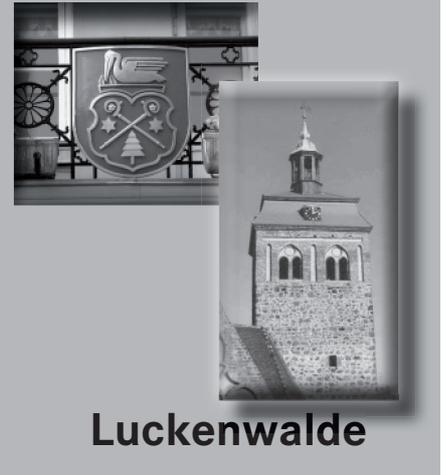
Diese Veränderungsvorschläge können dann von der Stadtverordnetenversammlung geprüft und berücksichtigt werden. Auf diese Weise können die Luckenwalder bei einem der wichtigsten Punkte der städtischen Politik, dem Haushalt, und damit bei der Verteilung eines Teils der Gelder direkt mitreden. Beispiele für die Beteiligungsgegenstände könn-

ten Kindertagesstätten, die Stadtbibliothek, die Sportstätten und Bäder, Begegnungsstätten für Jugendliche oder Senioren, Geh- und Radwege bzw. Straßen oder Grünanlagen und Spielplätze sein. Damit jeder eine Möglichkeit findet, sich zu beteiligen, gibt es verschiedene Wege.

Beginnen könnte man mit einer zentralen Auftaktveranstaltung zur Information und nachfolgenden dezentralen Bürgerversammlungen in Stadtteilen zur Sammlung von Vorschlägen.

Diesen Beteiligungsdialog könnte man auch über das Internet führen. Wir wollen diesen Prozess, der bereits 2011 beginnen und erstmals als Bürgerhaushalt für 2013 realisiert werden könnte, langfristig vorbereiten. Deshalb interessiert uns Ihre Meinung, ob Sie überhaupt einen Bürgerhaushalt wollen und ob Sie sich mit Vorschlägen einbringen würden. Bitte füllen Sie den nachfolgenden Coupon aus und geben diesen an die folgende Anschrift zurück:

*DIE LINKE. Stadtfraktion
Luckenwalde, Zinnaer Str. 36.
Oder wenn dieser Weg zu weit ist,
einfach einem Ihnen bekannten
Stadtverordneten der Linkspartei in
den Briefkasten stecken.
Diese Information finden Sie auch
auf unserer Internetseite unter
www.dielinke-luckenwalde.de <*



Luckenwalde

Sitzung der SVV am 22.02.11

Bürger stellten wieder Fragen zum Erhalt des Freibades Elsthal. Die Bürgermeisterin informierte darüber, dass die Rohrleitungsuntersuchungen abgeschlossen sind und die Ergebnisse inkl. weiterer Verfahrenswesen einer möglichen Sanierung in der Beratung des Ausschusses für Bauplanung und Wirtschaft vorgestellt werden. Am 8. März um 17.30 Uhr wird es einen Vor-Ort-Termin im Freibad geben mit anschließender Weiterführung im Rathaus.

Eine weitere Anfrage der Bürger galt dem Bearbeitungsstand der Einwände gegen die geplante Biogasanlage im Gewerbegebiet Zapfholzweg II. Der Leiter des Stadtplanungsamtes, Herr Mann, gab zur Kenntnis, dass in Auswertung der Träger öffentlicher Belange die vorgebrachten Einwände dem potenziellen Investor zugeleitet wurden, eine Antwort aber noch aussteht. Voraussichtlich in der April-Beratung der Stadtverordneten wird der Abwägungsbeschluss durch die Verwaltung eingebracht.

Aufgrund des Gewaltvorfalls an der F.-Ebert-Grundschule und der notwendigen Aufarbeitung des Themas Gewalt an Grundschulen unterbreitete die Bürgermeisterin den Vorschlag, eine von der Stadt bezahlte Sozialarbeiterstelle zu schaffen, was auf breite Zustimmung stieß.

*Manfred Thier, Stadtverordneter der
Fraktion DIE LINKE. Luckenwalde*

Ich bin für einen Bürgerhaushalt

Ja

Nein

Ich würde Vorschläge einbringen

Ja

Nein

„Gott ist zu langsam“

Wallfriede Schmitt kommt in die Woltersdorfer Heimatstube, um zu lesen. Und wie sie liest! Mal zeigt sie ihre komödiantische Seite, mal zaubert sie die leisen Töne – sie kann die Schauspielerin nicht verstecken.

Sie liest nicht irgendein Buch, sie liest sich selbst, ein Buch, das sie geschrieben hat, sie, die Volksschauspielerin Wallfriede Schmitt. Auf mich wirken ihre Geschichten, als hätte sie ein Leben lang nichts anderes getan als Bücher geschrieben.

Ihre Figuren könnten Ihr/Euer oder mein Nachbar sein, ganz „normale“ Menschen, die Krankenschwester, der Kneiper, die „Hellseherin“ und viele andere. Es sind Lebenslustige, Lebenshungrige, sich nach menschlicher Wärme Sehrende, aber auch vor Kraft Strotzende, Verzweifelte, Verständnisvolle, Liebevoll. Und Liebe hat viele Facetten, auch in Wallfriede



Schmitts Buch.

Auffallend die sprachliche Dichte. Da steht kein überflüssiges Wort und doch sind die Geschichten leicht verständlich, alles andere als nur oberflächlich. Diese Menschen, die in der heutigen Literatur selten eine Stimme haben, leben im Berliner Kiez der Autorin. Ihnen wollte sie eine Stimme geben. Das ist ihr gelungen.

Während ich später das ganze Buch mit großem Interesse und Vergnügen lese, klingt ganz heimlich ihre Stimme in meinem Ohr: „Na denn um sechs bei Werner!“

Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal

Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Günter Thiel in Malterhausen zum 77. Geburtstag am 11.03.
Marlis Nimz in Ludwigsfelde zum 79. Geburtstag am 16.03.
Gerhard Bieneck in Trebbin zum 87. Geburtstag am 20.03.
Wolfgang Hippauf in Jüterbog zum 76. Geburtstag am 22.03.
Rolf Sahr Müller in Großbeeren zum 73. Geburtstag am 22.03.
Günter Wach in Blankenfelde zum 72. Geburtstag am 24.03.
Rudolf Weide in Jüterbog zum 83. Geburtstag am 26.03.
Ursula Borrmann in Mahlow zum 89. Geburtstag am 28.03.
Jutta Günther in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 29.03.
Erwin Hoberg in Werder zum 77. Geburtstag am 29.03.
Hans Schulz in Malterhausen zum 71. Geburtstag am 04.04.
Irene Schinkel in Jüterbog zum 84. Geburtstag am 05.04.

Edgar Creutzburg in Ludwigsfelde zum 80. Geburtstag am 11.03.
Heidrun Bode in Jüterbog zum 60. Geburtstag am 17.03.
Kornelia Wehlan zum 50. Geburtstag am 19.03.
Erich Drengrer in Markendorf zum 90. Geburtstag am 22.03.
Harry Mehlfeld in Mahlow zum 75. Geburtstag am 23.03.
Bernd Haupt in Zossen zum 70. Geburtstag am 23.03.
Tina Senst in Klein Schulzendorf zum 30. Geburtstag am 24.03.
Herrmann Steffen in Blankenfelde zum 80. Geburtstag am 10.04.

Dr. Rudolf Haase:

„Die Flachzangen aus dem Westen“

... so heißt ein kleines Buch des Autors Klaus Huhn. Es ist lesenswert, denn hierin werden einige Politiker, die nach der Wende nach Ostdeutschland kamen, eingehender beleuchtet und was aus ihnen geworden ist. Sie stiegen hier bei uns die Karriereleiter hoch, da sie im Westen keine Chancen dazu hatten. Oft ist es so, dass sie sich aufgrund des „Schauspielunterrichtes“ an den westdeutschen Schulen (Zitat: Regine Hildebrandt) sehr gut artikulieren können, wobei inhaltlich nicht viel dahinter steckt.

Oft fällt solch ein Wessi durch seine Doppelnamen auf. Um noch mehr zu scheinen, als sie sind, schmücken sich manche auch mit einem akademischen Titel, der auch nicht selten gekauft worden ist. Andere wiederum lassen sich von Ghostwritern eine Doktorarbeit schreiben. Ein aktuelles Beispiel macht gerade die Runde. Für meinen Beitrag entschuldige ich mich vorsorglich bei allen meinen westdeutschen Freunden und Bekannten, die natürlich nicht gemeint sind, da sie keine Flachzangen sind. <

DIE LINKE. TF unterstützte die Mahnwachen des neu gegründeten Anti-Atom-Bündnisses Teltow-Fläming im Rahmen des bundesweiten Streckenaktionstages gegen den Castortransport. Ungeklärte Endlagerung radioaktiver Abfälle und die unsägliche Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung zur Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke stehen im engen Zusammenhang. DIE LINKE spricht sich klar gegen die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke aus. Der Uranabbau ist mit erheblichen klima-

schädlichen Eingriffen in die Landschaft und das ökologische Gefüge verbunden. Die Laufzeitverlängerung bedeutet aber auch eine Vervielfachung der radioaktiven Abfälle und das damit verbundene Risiko weiterer Atommüllproduktion. Weiterhin verzögern die verlängerten Laufzeiten den aus Klimaschutzgründen erforderlichen Umbau der Energiewirtschaft. In Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen, denen wir das ungelöste Problem der Endlagerung aufbürden, gehört der Protest auf die Straße. <

Termine

08.03.11 15.00 Uhr
Frauentagsfeier
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

10.03.11 15.00 Uhr
Frauentagsfeier
WÜST Luckenwalde

14.03.11 19.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

16.03.11 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

Bildungsabend

**„Rosa Luxemburg
und die Demokratie“**
Vortrag von
Dr. Holger Politt
am 21. März 2011
um 17.00 Uhr
in der Kreisgeschäftsstelle
**DIE LINKE. Teltow-Fläming,
Zinnaer Straße 36,
Luckenwalde**

21.03.11 18.30 Uhr
BO-Vors.-Beratung
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

07.04.11 18.00 Uhr
LinksTreff
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

S- Bahn Chaos

1. S- Bahn fahren in Berlin,
mich zieht es zum Bahnhof hin,
doch die S-Bahn kommt nur selten,
die Berliner sind am Schelten.

2. S-Bahn fährt doch überall,
Pünktlichkeit ist ganz normal.
Nur hier in und um Berlin,
komm ich selten pünktlich hin.

3. S-Bahn Züge sind marode,
müssen laufend in Depote.
Geiz hat sie kaputt gespart,
alle Bürger trifft es hart.

4. Darum Bürger werdet munter,
kommt zu unsrer Demo runter,
bis die S-Bahn wieder fährt,
pünktlich, wie es sich gehört.

Ref.: Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullalla,
Alex, Erkner, Strausberg-Nord
und an jeden andren Ort.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Familienfest 2011

**Am 1. Mai 2011 findet
das 21. Familienfest
der Partei DIE LINKE.
Teltow-Fläming
auf dem Boulevard
in Luckenwalde statt.
Auch in diesem Jahr freuen
wir uns auf
Livemusik, Showeinlagen,
Kaffee und Kuchen,
Bücherstand,
Infostände von
Vereinen und Verbänden
sowie
unsere beliebte Tombola.**

*Spenden können auf unser
Konto überwiesen
und Sachspenden,
auch Bücher,
in den Geschäftsstellen
abgegeben werden.*

Wir trauern um unsere
Genossin

Gertrud Kalkofen

Wir werden ihr Andenken in
Ehren halten.

Kreisverband DIE LINKE.
Teltow-Fläming

DIE LINKE.
Regionalverband
TF-Süd

In tiefer Trauer gedenken
wir unserer
langjährigen Genossin

Helga Mordhorst

Kreisverband DIE LINKE.
Teltow-Fläming

DIE LINKE.
Stadtverband
Luckenwalde

IMPRESSUM

Geschäftsstellen:
14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,
www.dielinke-luckenwalde.de
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
www.dielinke-tf-sued.de
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax:
03378/510654,
www.dielinke-ludwigsfelde.de

Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 Redaktionsschluss:
16. Februar 2011, der nächsten Ausgabe: 16. März 2011

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der
Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und
Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de